



**LINKS
LU**

Mitgliederzeitung der SP Schweiz
193 · Ausgabe LU · März 2021



Die UNIA demonstriert in Luzern für die Rechte der Arbeitnehmenden.

«Die Pandemie trifft Menschen mit niedrigen Einkommen massiv härter»

MARTIN WYSS (37) IST PRÄSIDENT DES LUZERNER GEWERKSCHAFTSBUNDES (LGB). «LINKS.LU» SPRACH MIT IHM ÜBER DIE AUSWIRKUNGEN DER CORONA-KRISE AUF DIE ARBEITNEHMENDEN. Interview: Sebastian Dissler

Lieber Martin, die SP hat sich während der Pandemie sehr für die kleinen Gewerbetreibenden engagiert, die von den rechten Parteien vergessen wurden. Das finde ich grundsätzlich sehr gut. Aber gingen dabei nicht die Arbeitnehmenden – für die sich die SP seit jeher einsetzt – vergessen?

Vergessen nicht, aber zu wenig gehört. Die Pandemie trifft Menschen mit niedrigen Einkommen massiv härter. Wenn du 2500 Franken Kurzarbeitsentschädigung bekommst, dann heisst es entweder zum Arzt gehen oder Essen einkaufen – für beides reicht nicht. Diese Realität ist in der Politik zu wenig repräsentiert; auch in der SP.

Was sind die Hauptprobleme für die Arbeitnehmenden aktuell? Wie engagieren sich die Gewerkschaften?

Existenzangst, Geldprobleme, Jobverlust, aber auch psychische Probleme, Stress und Depression. Menschen mit einem Einkommen unter 4000 Franken hatten am Monatsende 20 Prozent weniger Lohn auf dem

Konto. Jede dritte Person mit tiefem Einkommen wurde in der Krise arbeitslos oder musste Kurzarbeit beziehen. Zum Vergleich: Höhere Einkommensschichten hatten weniger als halb so hohe Lohneinbussen, und nur jede sechste Person war von Kurzarbeit betroffen. Die psychische Verfassung der Menschen mit tiefen Einkommen verschlechtert sich laufend. Die alarmierende Folge davon ist, dass sie das Vertrauen in die Politik verlieren. Umso wichtiger ist es, dass wir Gewerkschaften solidarisch sind und den Betroffenen Hilfe anbieten. Die UNIA etwa hat ihre Unterstützung allen Arbeitnehmenden angeboten, nicht nur ihren Mitgliedern. Für die Solidarität zwischen den Lohnabhängigen ist das jetzt zentral.

Neben den Problemen wurden besonders von den Medien auch immer wieder die Chancen und neuen Möglichkeiten hervorgehoben, die sich möglicherweise durch die Krise ergeben, Stichwort «Homeoffice». In den Ohren mancher Arbeiterin-

nen und Arbeiter mag das fast zynisch klingen. Nichtsdestotrotz, wo siehst du positive Perspektiven für die Arbeitswelt?

Wir sollten damit aufhören, in jeder Krise eine Chance zu suchen. Dieses Märchen vernebelt den Blick auf die harte Realität. Im vergangenen Jahr wurden viele Punkte augenfällig, die wir schleunigst mit einem sozialen Neustart gerechter ausgestalten müssen. Sei es bei der Verteilung von Gütern und Chancen, bei der sozialen Sicherheit, den Renten oder bei den Arbeitsbedingungen. Ob wir einen positiven Weg aus der Krise finden, wird sich daran zeigen, ob wir in diesen Punkten konkrete Verbesserungen erzielen können.



Martin Wyss

Wahlen 2023: Die SP ist bereit



2015: Das letzte offizielle Foto des Regierungsrats mit SP- und Frauenvertretung. Yvonne Schärli war Regierungsrätin von 2003–2015.

AM PARTEITAG VOM 27. FEBRUAR 2021 VERABSCHIEDETEN DIE DELEGIERTEN DEN FAHRPLAN ZU DEN WAHLN 2023. «LINKS.LU» SPRACH MIT PRISKA LORENZ, VIZEPRÄSIDENTIN DER KANTONALPARTEI UND PRÄSIDENTIN DER PERSONALFINDUNGSKOMMISSION (PFK), ÜBER DIE VORBEREITUNGEN FÜR DAS IN ZWEI JAHREN ANSTEHENDE WAHLJAHR. Interview: Sebastian Dissler

Liebe Priska, bald ist schon die Mitte der kantonalen Legislatur erreicht. Wie laufen die Vorbereitungen der Parteileitung für die kommenden Wahlen?

Im Frühling 2023 werden der Kantons- und der Regierungsrat neu gewählt, im Herbst 2023 finden die eidgenössischen Wahlen, also zum National- und Ständerat, statt. Für die Regierungsratswahlen wollen wir mit einer Frau antreten. Hier sind wir schon heute auf der Suche nach geeigneten Kandidatinnen. Was die anderen Wahlen betrifft, wollten wir so früh wie möglich mit der Planung beginnen und schon heute den Fahrplan demokratisch festlegen. Das haben wir mit der Verabschiedung des aus der PFK hervorgegangenen Papiers «Abläufe und Bestimmungen zu den Wahlen 2023» am Parteitag gemacht.

Um was geht es bei diesem Papier?

Es legt für alle Wahlen fest, wann nominiert wird und wie diese Prozesse ablaufen werden. Ebenso beschreibt es, welche Ansprüche wir an die Zusammenstellung der Wahllisten und an die Kandidat*innen stellen. So sollen beispielsweise Listen divers gestaltet sein, also verschiedene Lebenshintergründe berücksichtigen. Durch die frühe Festlegung der Abläufe gestalten wir die Regeln unabhängig von einzelnen Personen.

Auch die PFK ist schon seit fast einem Jahr an der Arbeit. Wie ist der aktuelle Stand und wie geht es weiter?

Die Kommission beschäftigt sich zur Zeit mit der Findung einer Kandidatin für die Regierungsratswahlen. In einer ersten Phase nah-

men wir mit einer breiten Auswahl von Genossinnen Kontakt auf. Mit den interessierten Frauen hielten wir bereits Vorgespräche ab. Im Mai gehen die Gespräche in eine zweite Runde. Ziel ist es, Anfang des kommenden Jahres der Öffentlichkeit unsere offiziellen Kandidatinnen zu präsentieren. Nominiert wird an einem ausserordentlichen Parteitag im Herbst 2022.



Priska Lorenz

«Beim Friedensrichter kommen Konflikte aus dem Alltagsleben auf den Tisch»

HANSPETER HERGER TRITT IM KOMMENDEN JAHR ALS FRIEDENSRICHTER IN DER STADT LUZERN ZURÜCK. «LINKS.LU» SPRACH MIT IHM ÜBER SEINE TÄTIGKEIT. DIE ZUSTÄNDIGEN GREMIEN DER KANTONALPARTEI WERDEN IN DEN KOMMENDEN WOCHEN SEINE NACHFOLGERIN ODER SEINEN NACHFOLGER SUCHEN.

Lieber Hanspeter, vor rund 10 Jahren hast du – als Nachfolger unserer Genossin Margaretha Reichlin – die Stelle als Friedensrichter in der Stadt Luzern angetreten. Nun demissionierst du auf Anfang 2022. Kannst du unseren Leser*innen erklären, was ein Friedensrichter macht?

Beim Friedensrichter kommen Konflikte aus dem Alltagsleben auf den Tisch, die sich im Geschäftsleben ereignet haben, und ebenso Nachbarschaftstreitigkeiten oder Uneinigkeiten aus einem Erbfall. Die «Kundschaft» ist sehr breit. Es sind Handwerker, die ihren Werklohn einfordern, Nachbarn, die endlich in Frieden leben wollen, Familienmitglieder, die sich nicht einig sind im Verteilen des Erbes. Ich habe Verhandlungen geführt, bei denen der Streitwert dreissig Franken war oder über 460 Millionen betrug. Die Palette ist also breit. Der Friedensrichter leitet die Schlichtungsverhandlung und versucht, eine gütliche Einigung unter den Parteien herbeizuführen. Ziel ist es, einen langwierigen und teuren Gerichtsprozess zu verhindern, indem eine gemeinsame tragbare Lösung vereinbart wird.

Du kommst ursprünglich aus der sozialen Arbeit. Hat dir dieser Hintergrund bei deiner Tätigkeit geholfen?

Ja – den Parteien zuhören, zu verstehen versuchen, wo der wunde Punkt liegt, und dann gemeinsam nach vorne blicken und neue Lösungsansätze suchen, das sind zentrale Punkte im Vermittlungsgespräch. Es braucht aber auch die nötige Ruhe und Gelassenheit und – wenn es laut wird – Durchsetzungskraft, damit das Gespräch nicht aus dem Ruder läuft.

Braucht es Jurist*innen für diese Aufgabe?

Beim Friedensrichter geht es weniger um das Rechtsprechen als um die Bedürfnisse und Interessen der Parteien. Das Recht kommt beim Gericht zum Zuge. Vorher im Schlichtungsverfahren können die Beteiligten noch selber entscheiden und werden durch eine Vermittlungsperson begleitet. Eine gute Einarbeitung in die Abläufe des Verfahrens und

die Zuständigkeiten genügt. Meiner Ansicht nach ist das Schlichtungsverfahren eine geniale Einrichtung, denn manchmal verlieren die Leute den Überblick. Aufzuzeigen, was unter dem Eisberg liegt, und fehlende Informationen zu vermitteln, ist eine spannende Aufgabe. Wenn diese Informationen sachlich sind und bei Bedarf mit einer Prise Humor gespickt, dann kann sich ein Konflikt entspannen. Juristische Überlegungen sind zu diesem Zeitpunkt zweitrangig. Über 70 Prozent der Schlichtungsgesuche werden beim Friedensrichter erledigt, was die Gerichtsinstanzen entlastet.

Lieber Hanspeter, ich danke im Namen der Partei schon heute für deinen jahrelangen Einsatz im Dienste unseres Gemeinwesens!

Interview: Sebastian Dissler



Christof Schürpf

GESUCHT: FRIEDENSRICHTERIN/FRIEDENSRICHTER

Friedensrichteramt Luzern | 70 % | per 1. Februar 2022 oder nach Vereinbarung

Ihre Aufgaben

- Tätigkeit am Friedensrichteramt Luzern nach § 83 und § 84 Abs. 1 lit. a JusV.

Ihr Profil

- Berufsausbildung
- Weiterbildungen und einschlägige Erfahrung im Bereich Mediation, Soziale Arbeit sowie Beratung erwünscht
- Grundkenntnisse im Zivilprozessrecht, Betreibungsverfahren, ZGB und OR
- Schweizer Bürgerrecht und Wohnsitz im Kanton Luzern
- Verhandlungsgeschick und Kommunikationsfähigkeit
- Fähigkeit, komplexe Sachverhalte zu erfassen und verständlich zu kommunizieren
- Persönliche Integrität
- Hohe Leistungsbereitschaft
- Einfühlungsvermögen und Offenheit im Umgang mit Menschen
- Entscheidungsfähigkeit
- Effiziente Arbeitsweise

- Durchsetzungsvermögen und Überzeugungskraft
- Grosse Belastbarkeit und Beharrlichkeit in der Fallbearbeitung
- Teamfähigkeit und Loyalität
- Zeitliche flexible Verfügbarkeit

Für Fragen: Hanspeter Herger, Friedensrichter +41 41 228 34 80, hanspeter.herger@lu.ch

Bewerbung

Der Kantonsrat berücksichtigt bei den Wahlen die Vertretung der politischen Parteien in angemessener Weise (§ 44 Abs. 3 KV). Anspruch im Sinne dieser Bestimmung hat die Sozialdemokratische Partei (SP). Ihre Bewerbung reichen Sie deshalb bitte bis am 9. April 2021 mit einem aktuellen Strafregister- und Betreibungsregisterauszug direkt wie folgt ein (vorzugsweise elektronisch): Sozialdemokratische Partei, Theaterstrasse 7, 6003 Luzern, info@sp-luzern.ch. Die SP wird ihre Kandidatin oder ihren Kandidaten zuhanden des Kantonsrates nominieren.

Wohnraum schützen – Airbnb regulieren

AIRBNB, BUSINESS/SERVICED APARTMENTS UND ANDERE ANGEBOTE SIND WEITER AUF DEM VORMARSCH. IN DER STADT LUZERN WERDEN RUND 300 WOHNUNGEN VON PROFESSIONELLEN UND KOMMERZIELLEN ANBIETERN ONLINE ZU LUKRATIVEN PREISEN ANGEBOTEN.



Micha Amstad,
Parteisekretär
SP Stadt Luzern

Diese Wohnungen fehlen auf dem Wohnungsmarkt und dienen ausschliesslich Tourismus und Geschäftsreisen. In der Neustadt beispielsweise sind ganze Gebäude bei der Renovation auf solche kommerziellen Kurzzeitvermietungen ausgelegt worden. Durch das Fehlen dieses Wohnraums werden gleichzeitig die Mieten in diesen stark betroffenen Quartieren nach oben getrieben. Aus diesem Grund haben Luzernerinnen und

Luzerner immer mehr Schwierigkeiten, in ihrer Heimatstadt eine Wohnung zu finden. Eine Entwicklung, die Sorgen bereitet. Es ist höchste Zeit, dass wir dieses Problem in den Griff bekommen.

Wahrgenommen wird diese Dringlichkeit offensichtlich auch von der Stadtregierung. Der Stadtrat schlägt zur Lösung des Problems und zur Verbesserung der Situation die Einführung einer Obergrenze vor: Maximal 2 Prozent der Wohnungen sollen für kommerzielle Kurzvermietungen zugelassen werden. Damit verbessert sich die Situation in der Stadt Luzern aber nicht. Im Gegenteil: Diese 2 Prozent ermöglichen sogar eine Ausweitung des Angebots. Aus diesem Grund ist für die städtische SP klar: Der Vorschlag des Stadtrates taugt nicht zur Lösung des Problems. Wir brauchen eine effektive und zielführende Herangehensweise, welche die

Entwicklung zugunsten der Bevölkerung korrigiert. Wir fordern deshalb vom Stadtrat einen Vorschlag, der die weitere Ausbreitung von kommerziellen Kurzzeitvermietungen verhindert und so die Luzerner Bevölkerung vor diesen negativen Auswirkungen auf das Wohnungsangebot tatsächlich schützt. Es braucht einen Tourismus der auf Qualität setzt und der Bevölkerung zugute kommt.

«Es ist Zeit, dass wir die Probleme mit Airbnb in den Griff bekommen.»

Mitglieder der SP Stadt Luzern haben sich deshalb in einer Projektgruppe zusammengeschlossen. Diskutiert werden die Haltung der Partei und unser Vorgehen. Das Ziel steht fest: Die Bevölkerung muss mitsprechen können.

Pflegepersonal soll 5 Prozent mehr Lohn erhalten

IN EINER MOTION FORDERN WIR, DIE LÖHNE DES PFLEGEPERSONALS IN DEN SPITÄLERN ANZUHEBEN. DURCH EINE VERKNÜPFUNG MIT DEN BEDINGUNGEN FÜR DIE AUFNAHME IN DIE SPITALLISTE KANN DER KANTON HÖHERE LÖHNE FÜR ALLE SPITÄLER FÜR VERBINDLICH ERKLÄREN.

Damit wird verhindert, dass staatseigene Spitäler wettbewerbsverzerrende Nachteile hätten, wie sie bei einer Einführung nur für das Luzerner Kantonsspital (LUKS) eintreten würden.

Konkret würde der Paragraph 4 des Spitalgesetzes mit einem Passus ergänzt, welcher der Regierung erlaubt, Mindestvorgaben für die Anstellungsbedingungen zu definieren. In der Folge wird der Regierungsrat bei Annahme des Vorstosses dazu verpflichtet, die Löhne auf Verordnungsebene um 5 Prozent anzuheben. Dies ist ein wichtiger Schritt in der Anerkennung der Leistung des Pflegepersonals. Zudem ist es eine Notwendigkeit, um längerfristig den Bedarf an Arbeitskräften decken



zu können. Wir haben einen akuten Mangel an Pflegepersonal und dessen Leistungen im vergangenen Jahr waren eindrücklich. Es ist an der Politik, endlich ein Zeichen zu setzen. Da die Löhne des Spitalpersonals massgebend sind, werden auch alle anderen Pflegeangestellten davon profitieren.

Das LUKS hingegen erachtete eine Prämie von 150 Franken für den Einsatz während der Corona-Pandemie als ausreichend. Das ist ein derart mickriges Zeichen, dass es schon wieder als Geringschätzung wahrgenommen werden muss – zumal in anderen Spitälern oder staatsnahen Betrieben vierstellige Prämien ausbezahlt wurden.

David Roth, Kantonsrat

AGENDA SP KANTON LUZERN

3. Mai 2021
Delegiertenversammlung | 19.15 Uhr

26. August 2021
Delegiertenversammlung | 19.15 Uhr

19. Oktober 2021
Delegiertenversammlung | 19.15 Uhr

27. Oktober 2021
Sektionskonferenz | 18.30 Uhr

18. November 2021
Parlamentarier*innen-Treffen | 19.15 Uhr